

II-8583 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE

DR. MARILIES FLEMMING

Zl. 70 0502/175-Pr.2/89

1031 WIEN, DEN
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 71 1 58
DVR: 0441473

30. August 1989

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

4077IAB

1989 -09- 06

zu 41921J

Auf die schriftliche Anfrage Nr. 4192/J der Abgeordneten Wabl und Freunde vom 12. Juli 1989, betreffend Kernkraftwerk Krsko in Jugoslawien, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

ad 1:

Vom ehemaligen Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, Robert Graf, wurden keine Informationen über "Cracks" im Fundament des jugoslawischen Atomkraftwerkes Krsko an mein Ressort weitergeleitet.

ad 2:

Durch die im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Krsko bestehende enge Zusammenarbeit des österreichischen Generalkonsulates Laibach mit den zuständigen Verwaltungsstellen der Republik Slowenien und der Geschäftsleitung des Kernkraftwerkes Krsko werden alle Vorkommnisse in diesem Kernkraftwerk an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung berichtet. Es ist bekannt, daß im Kernkraftwerk Krsko seit Betriebsbeginn Abschaltungen vorgenommen wurden, die systemkonforme Vorgänge im Rahmen des Sicherheitskonzeptes des Kernkraftwerkes dar-

- 2 -

stellen. Diese Berichte wurden jeweils an die in Österreich mit Fragen der nuklearen Sicherheit befaßten Stellen weitergeleitet.

ad 3 und 4:

Auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 4127/J durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wird verwiesen.

ad 5:

Alle anfallenden radioaktiven Materialien werden derzeit im Bereich des Kernkraftwerkes selbst zwischengelagert. Die Frage der Endlagerung wird von zuständigen jugoslawischen Stellen bereits seit längerer Zeit eingehend untersucht, ohne daß schon konkrete Entscheidungen bevorstehen.

ad 6:

Nach den mir vorliegenden Informationen ersuchte der Herr Bundeskanzler nach diesem Treffen den Generalkonsul in Ljubljana, für eine reibungslose Informationserteilung über Zwischenfälle im Kernkraftwerk Krsko durch die zuständigen slowenischen Stellen zu sorgen. Im übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Frage 2.

ad 7:

Ich hatte das Umweltbundesamt beauftragt, diesbezügliche Erkundigungen durchzuführen.

ad 8:

Österreich ist seit 1983 bemüht, mit Jugoslawien die Frage von grenzüberschreitenden Auswirkungen von Kernanlagen im allgemeinen und im besonderen des Kernkraftwerkes Krsko vertraglich zu regeln. Bereits zu Beginn dieser Verhandlungen

- 3 -

wurde das in der Beantwortung zu Frage 2 der Anfrage erwähnte System zur raschen Information über Zwischenfälle im Kernkraftwerk Krsko formlos vereinbart.

Ein vorrangiges Ziel meines Ressorts liegt daher darin, durch effiziente Informations- und Konsultationsmechanismen, wie sie mit einer Reihe von Staaten auf vertraglicher oder freiwilliger Basis vereinbart wurden, die Voraussetzungen für einen maximalen Schutz der Umwelt und der österreichischen Bevölkerung vor schädlichen Auswirkungen von Kernanlagen zu schaffen. Demgemäß hat Österreich bereits mit der CSSR, Ungarn, DDR und der UdSSR bilaterale Verträge abgeschlossen. Im multilateralen Bereich hat Österreich als einer der ersten Staaten die 1986 geschaffenen Konventionen über die "Frühwarnung bei Nuklearunfällen" bzw. über die "gegenseitige Hilfeleistung nach nuklearen Unfällen" unterzeichnet.

Grundsätzlich aber möchte ich darauf hinweisen, daß es mein erklärtes Ziel ist, solange Nachbarländer Österreichs an ihrer derzeitigen Kernenergiepolitik festhalten, mich dafür einzusetzen, daß in unseren Nachbarländern kein weiteres Atomkraftwerk erbaut, bzw. schon errichtete stillgelegt werden. Die mir dabei zur Verfügung stehenden Mittel sind allerdings sehr beschränkt und können nur in moralischen Appellen in den Medien oder bei den zuständigen Stellen der betroffenen Länder erfolgen.

